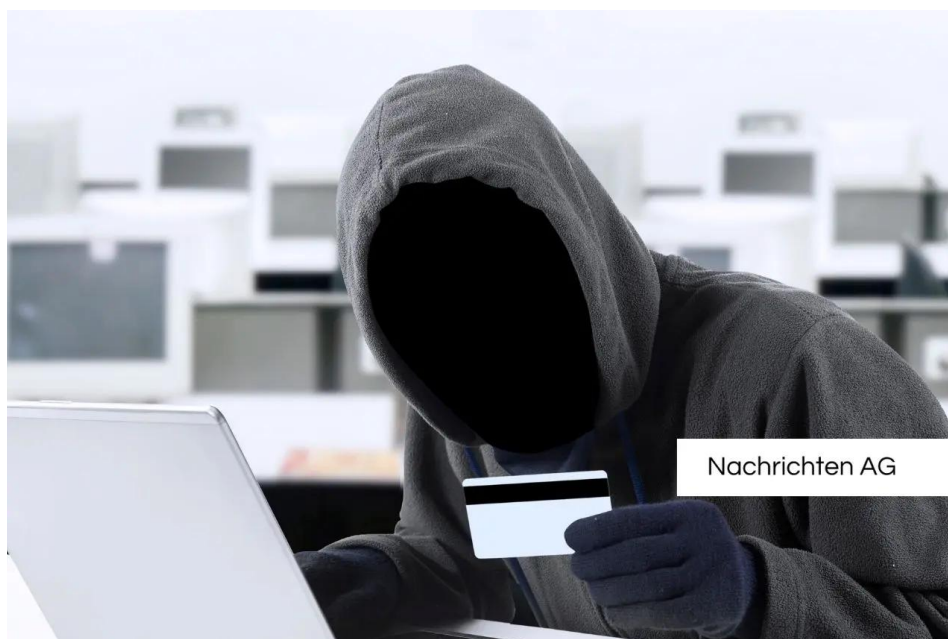


Streikankündigung: 2,5 Millionen Beschäftigte kämpfen für Lohngerechtigkeit!

Ver.di weitet Warnstreiks in Pirmasens aus, um Lohngerechtigkeit und bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zu fordern.



Am 5. März 2025 kündigt die Gewerkschaft ver.di umfangreiche Warnstreiks im öffentlichen Dienst an, die in Landau, Pirmasens und Frankenthal stattfinden werden. Der Streiktag fällt auf den Equal Pay Day, der am 7. März begangen wird, und direkt auf den Internationalen Frauentag am 8. März. Diese Bewegungen sind das Resultat gescheiterter Tarifverhandlungen am 18. Februar, bei denen die Arbeitgeber kein Angebot unterbreitet haben. Mehr als 2,5 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind von den Warnstreiks betroffen, was die Dringlichkeit der Forderungen unterstreicht.

Die Gender-Pay-Gap in Deutschland betrug 2024 beachtliche 16 Prozent, was die Notwendigkeit von Lohngerechtigkeit erneut ins Licht rückt. Marion Paul, die stellvertretende Landesleiterin von ver.di Rheinland-Pfalz-Saarland, hebt hervor, dass nicht nur angemessene Löhne nötig sind, sondern auch bessere Arbeitsbedingungen, um die bestehende Ungleichheit zu bekämpfen. Zu den aktuellen Tarifforderungen zählen eine Entgelterhöhung von 8 Prozent sowie eine Mindesterhöhung von 350 Euro pro Monat. Zusätzlich soll die Erhöhung von Zuschlägen für belastende Schichten wie Wechselschicht, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit geprüft werden.

Streikaufruf und Arbeitsbedingungen

Die Streikaufrufe konzentrieren sich auf Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst der Kindertagesstätten, in der Pflege und in kommunalen Krankenhäusern. Ziel ist es, die Lohnunterschiede zu überwinden und den Arbeitskräftemangel in Care-Berufen zu bekämpfen. Aktuelle Ergebnisse einer ver.di-Arbeitszeitbefragung zeigen, dass schwierige Arbeitsbedingungen und unattraktive Arbeitszeiten die häufigsten Gründe für unbesetzte Stellen sind. In der Altenpflege gaben 79,1 % der Beschäftigten an, unter den Konsequenzen unbesetzter Stellen zu leiden, während in der Sozialarbeit 63,9 % und in Kitas 78,3 % ähnliche Erfahrungen berichteten.

Besonders besorgniserregend ist die Aussage der Beschäftigten darüber, unter den aktuellen Bedingungen nicht bis zum Rentenalter im Beruf bleiben zu können. In der Pflege interessiert dies 82,8 % der Mitarbeiter, während in der Sozialarbeit und in Kindertagesstätten 63,9 % bzw. 86,2 % dies ebenso befürchten. Die Tarifverhandlungen sollen vom 14. bis 16. März in Potsdam fortgesetzt werden, wobei weitere Warnstreiks nicht ausgeschlossen sind.

Einfluss der Streikbewegung

Die derzeitige Streikbewegung hat auch Einfluss auf die

Verhandlungen für die Beschäftigten der Länder. Rund 70.000 Beschäftigte haben sich bundesweit an den Streiks beteiligt. Arbeitgeber beziehen sich auf leere öffentliche Kassen und das Haushaltschaos in Berlin, während die Gewerkschaften von einem großen Bedarf an Verbesserungen berichten. Ein wichtiger Aspekt der Verhandlungsergebnisse ist die Inflationsabmilderungsprämie, die eine einmalige Zahlung von 1.800 Euro im Dezember 2023 und eine monatliche Sonderzahlung von 120 Euro netto von Januar bis Oktober 2024 umfasst.

Die Tariverträge beinhalten auch Erhöhungen der monatlichen Tabellenentgelte um 200 Euro ab dem 1. November 2024 sowie eine weitere Erhöhung von 5,5 Prozent oder auf 340 Euro ab dem 1. Februar 2025, falls keine weiteren Erhöhungen erzielt werden können. Für Auszubildende gibt es spezielle Regelungen, die deren Erhöhung und Übernahme betreffen. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrags ist bis zum 31. Oktober 2025 angesetzt.

Mit diesen Maßnahmen wird ein klarer Schritt in Richtung einer gerechteren Entlohnung unternommen, um die Herausforderungen des Fachkräftemangels in den sozialen Berufen wirksam anzugehen. [speyer-kurier] berichtet weiterhin über die Entwicklungen und mögliche nächste Schritte der Tarifverhandlungen, während [verdi.de] tiefere Einblicke in die Hintergründe und Forderungen der Streikenden liefert.

Details	
Quellen	• www.speyer-kurier.de • zusammen-geht-mehr.verdi.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net